

Deshalb hat der Landtag in Nordrhein-Westfalen keine Veranlassung, sich heute mit diesen Fragen zu beschäftigen. Erst recht gibt es aber auch keine Veranlassung, auf Vorrat Denkverbote auszusprechen.

(Beifall von der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache angekommen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag Drucksache 17/79 nicht direkt abzustimmen, sondern an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechts- und den Verkehrsausschuss zu überweisen. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Damit ist die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/79** einstimmig erfolgt.

Ich rufe nun auf:

## **7 Nur Kita-Rettungsprogramm wird Kita-Kollaps verhindern!**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/77

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/141

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Kamieth für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Jens Kamieth (CDU):** Schönen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP, dessen Ziel es ist, die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für ein kurzfristiges Kitaretungsprogramm zu schaffen. Damit wollen wir den finanziell überforderten und in ihrer Existenz bedrohten Kitaträgern helfen, sie entlasten und so einen Grundstein zur Rettung der Kindertageseinrichtungen hierzulande legen.

Die Situation ist dramatisch. Kirchen, freie Träger und Elterninitiativen sprechen offen darüber, Einrichtungen zu schließen. Die Erzieherinnen und Erzieher klagen über permanente Überlastung und demonstrieren gemeinsam mit Eltern vor unserem Hohen Hause.

Wie konnte es dazu kommen? – Lassen Sie mich Ihnen die Geschichte noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Das Kinderbildungsgesetz ist am 1. August 2008 in Kraft getreten. Es war ein Meilenstein. Damit wurde das alte GTK abgelöst. Die Umstellung auf Pauschalen war ein wichtiger Schritt.

CDU und FDP haben wichtige Punkte wie den Ausbau der U3-Betreuung, die Tagespflege einschließlich ihrer Finanzierung und die Sprachförderung in ein Gesetz aufgenommen. Wir haben auch die Familienzentren ins Leben gerufen.

Damals haben wir nicht gesagt, dass das KiBiz unfehlbar ist. Im Gegenteil! Uns war bewusst, dass ein so großes Gesetz, eine so große Reform nach ein paar Jahren evaluiert werden muss, um zu sehen, was funktioniert und was nicht funktioniert. Daher haben wir auch von Beginn an die Evaluation in das KiBiz hineingeschrieben.

Sie alle hier wissen, dass es die Evaluation unter Rot-Grün nie gegeben hat. Stattdessen erfolgten 2011 und 2014 Revisionen des Gesetzes, die allerdings weit hinter den Erwartungen der Beteiligten zurückgeblieben sind.

Die ehemalige Landesregierung hat es versäumt, die dringend notwendige Erhöhung der Kindpauschalen vorzunehmen und stattdessen sogar den Bürokratieaufwand für die Kitas erhöht.

Auch das letzte KiBiz-Gesetz von SPD und Grünen aus dem letzten Jahr, das Gesetz zur finanziellen Überbrückung, wie es so schön hieß, war nicht der große Wurf, sondern vielmehr ein Tropfen auf den heißen Stein.

2015 trafen sich die damals regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Sie unterzeichneten eine Vereinbarung, Kitafinanzierungseckpunkte aufzustellen. Diese sollten bis Ende der 16. Wahlperiode vorliegen.

Das Ergebnis: Der Termin wurde trotz mehrfacher gegenteiliger Ankündigungen der damaligen Landesregierung nicht eingehalten. Es kam weder zu einer Vereinbarung noch zu Treffen. Die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen haben übereinstimmend darüber berichtet, dass weder das SPD-geführte Ministerium noch die Fraktionen auf sie zugekommen sind und das Gesprächsangebot angenommen haben.

Die Bilanz nach sieben Jahren rot-grüner Politik für die Kinder ist bitter. SPD und Grüne konnten in sieben Jahren Regierungsverantwortung keinerlei Vorstellung davon entwickeln, in welche Richtung das Kinderbildungsgesetz weiterentwickelt werden soll. Notwendige Verbesserungen wurden verschleppt. Anstatt die Herausforderungen anzugehen, beschränkten sich SPD und Grüne auf eine Politik der Ankündigungen und Andeutungen.

Jetzt aber, meine Damen und Herren, ist die Zeit des Aufbruchs. Wir haben jetzt gemeinsam die Verpflichtung, den Kitakollaps zu verhindern. Das geht nur mit einem Kitarettungsprogramm als Soforthilfe.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken. Die NRW-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, mit allen Spitzenverbänden und den freien Trägern auf Basis von Pauschalen eine neue Finanzierung auf die Beine zu stellen, um die Kitas und vor allen Dingen auch die Trägervielfalt in Nordrhein-Westfalen zu retten.

Deswegen wollen wir die CDU-geführte Landesregierung beauftragen, erstens einen rechtlichen und finanziellen Rahmen für eine finanzielle Soforthilfe zu schaffen und zweitens die notwendigen Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern der Kindertageseinrichtungen zu führen, um eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung zu finden, damit Kitas fortbestehen und Erzieherinnen und Erzieher weiterhin einen guten Job machen können – für den sie, nebenbei bemerkt, unsere höchste Anerkennung bekommen sollten –, damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine leere Worthülse bleibt und damit die Politik für Familien, Kita-Träger und Eltern wieder ein verlässlicher und zukunftsfähiger Partner wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kamietz. – Für die FDP erteile ich Herrn Hafke das Wort.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Elementarbildung ist neben dem Elternhaus das wichtigste Element der persönlichen Entwicklung eines jeden Kindes. Genau deswegen haben wir uns als CDU und FDP dafür entschieden, diesem wichtigen Fachbereich einen großen Schwerpunkt zu widmen und uns dieser Herausforderungen anzunehmen.

Das, was uns die Vorgängerregierung von SPD und Grünen hinterlassen hat, ist eine riesengroße Baustelle. Es wurde viel angekündigt und versprochen – zum Beispiel ein neues Kindergartengesetz. Das haben wir bis heute nicht vorgelegt bekommen. Es wurde angekündigt, eine auskömmliche Finanzierung für die Kindertageseinrichtungen sicherzustellen. Fehlanzeige!

Es gibt in Nordrhein-Westfalen viel zu wenige Plätze in U3 und Ü3. Das KiBiz ist mit Bürokratie überlastet. Die Flexibilität an den Kindertageseinrichtungen, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, findet faktisch kaum statt. Der Super-GAU, den wir im Moment aufgrund der Finanzierung des Kinderbildungsgesetzes erleben, sind Trägerabgaben bis hin zu Kitaschließungen in Nordrhein-Westfalen.

Das ist das, was uns Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat.

Im Wahlkampf wurde dann viel über Beitragsfreiheit in Nordrhein-Westfalen gefaselt. Die SPD hatte ein Konzept vorgeschlagen, das geschmeidige 1 Milliarde € gekostet hätte, konnte aber in den letzten Jahren kein Konzept vorlegen, mit dem man die Elementarbildung tatsächlich nach vorne bringt.

Der Witz der Woche ist dann der Entschließungsantrag, der uns hier auf den Tisch flattert. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten daraus, weil ich den ersten Punkt schon sehr humorvoll fand:

„Die Kita-Träger, die Kommunen, die Eltern und schließlich auch die Kinder in Nordrhein-Westfalen brauchen ein neues, auskömmliches und qualitätsförderndes Finanzierungssystem, ...“

Da frage ich mich ernsthaft, ob die SPD bei den Anträgen von CDU und FDP in den letzten Jahren abgeschrieben hat und warum Sie nicht in der Lage waren, das in den letzten sieben Jahren umzusetzen. Ich halte das für ein Armutszeugnis.

(Beifall von der FDP – Henning Höne [FDP]:  
So ist es!)

Meine Damen und Herren, weil die Fraktionen von SPD und Grünen und die damalige Regierung nicht in der Lage waren, die Kinderbildung in den Griff zu bekommen, werden wir nun verschiedene Maßnahmen Schritt für Schritt auf den Weg bringen, um Nordrhein-Westfalen tatsächlich beste Bildung zu sichern.

Wir werden als ersten Schritt ein Kitarettungsprogramm auf den Weg bringen, das insbesondere dafür sorgen wird, dass wir keine Trägerabgaben und Kitaschließungen in Nordrhein-Westfalen mehr vornehmen müssen. Das ist ein ganz wichtiges Signal an alle Verbände und alle, die sich mit Kitas beschäftigen.

In einem zweiten Schritt müssen wir dann sicherstellen, dass es eine auskömmliche Finanzierung für die Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gibt, damit sie verlässlich arbeiten können und nicht mehr die prekäre finanzielle Situation vorfinden, die wir heute haben.

In einem dritten Schritt – das ist im 21. Jahrhundert genauso wichtig – müssen wir über Vereinbarkeit von Familie und Beruf und über Flexibilität sprechen. Wir müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen sicherstellen, damit das in Nordrhein-Westfalen auch möglich ist und wir hier nicht bundesweit das Schlusslicht sind.

Deswegen liegen viele Aufgaben vor uns. Ich bin aber sehr optimistisch, dass wir das mit dem, was im Koalitionsvertrag steht, hinbekommen werden und die Baustellen, die uns Rot-Grün hinterlassen hat,